

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

23.01.2023

# Inhalt

## EWN

1   <b>Energiekonzerne vor Ausschuss: Entscheidung für Nord Stream 2 wirtschaftlich geleitet</b> <i>Ostsee-Zeitung.de, 20.01.2023</i> .....	3
2   <b>Apex Energy geht an die Börse</b> <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 20.01.2023</i> .....	5
3   <b>Zwischenlager auf Dauer?</b> <i>nd.DerTag/nd.DieWoche (neues deutschland), 23.01.2023</i> .....	6

## Energiekonzerne vor Ausschuss: Entscheidung für Nord Stream 2 wirtschaftlich geleitet

**Russland war für sie auch nach der Krim-Annexion 2014 ein verlässlicher Wirtschaftspartner.**

*Die Investitionen der Energiekonzerne Wintershall Dea und Uniper in die Pipeline Nord Stream 2 waren aus Sicht der Unternehmen zur damaligen Zeit nachvollziehbar.*

**Schwerin.** Die Unterstützung der Gaspipeline Nord Stream 2 war aus Sicht der Energiekonzerne Uniper und Wintershall Dea aus damaliger Sicht folgerichtig. Für die Beteiligung habe der Gasbedarf in Europa, der Preisunterschied zwischen Pipeline- und Flüssigerdgas und der geringere CO<sub>2</sub>-Fußabdruck gesprochen, sagte Wintershall-Vorstand Thilo Wieland am Freitag vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtages zur umstrittenen Klimaschutzstiftung MV. Ähnlich äußerte sich Uniper-Chef Klaus-Dieter Maubach. Beide sagten, dass sie Russland als zuverlässiges Lieferland ansahen.

Der Ausschuss will die Hintergründe ausleuchten, vor denen die mit 20 Millionen Euro mehrheitlich mit Geld aus russischen Gasgeschäften finanzierte Klimastiftung gegründet wurde. In der Kritik stand diese vor allem für ihren Beitrag zur Vollendung des Pipelinebaus – trotz der US-Sanktionen. Beide Manager beteuern, dass die Stiftung keinen Einfluss auf ihre Überlegungen und Risikoabschätzungen gehabt habe.

### Bundesregierung hat Pipeline-Projekt durchgehend unterstützt

Maubach betonte, dass der entscheidende Maßstab für die Beurteilung der politischen Handlungen Russlands – wie der Annexion der Krim 2014 – die Haltung der Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel gewesen sei. Diese habe das Projekt durchgehend unterstützt, auch als Sanktionsdrohungen aus den USA laut geworden seien. Ebenfalls einig sind sich die Unternehmen, dass vor allem wirtschaftliche Erwägungen bei der Entscheidung eine Rolle spielten, als Geldgeber aufzutreten.

Statt in Pipelinegas aus Russland in LNG zu investieren, war ihnen zufolge damals keine wettbewerbsfähige Alternative. Es habe kein breites wirtschaftliches Interesse an einer Abnahme von LNG in Deutschland ge-

geben, obwohl Uniper ein Importterminal habe bauen wollen. Speziell in Bezug auf US-Schiefergas sagte Maubach: Der Unterschied zwischen dem Marktpreis für Gas in den USA und der EU sei zu gering gewesen, um den Transport wirtschaftlich zu machen. Sicher waren sich die Unternehmen nach eigenen Angaben, dass Deutschland und Europa mehr Gaslieferungen benötigt. Wieland bezog sich auf den Weltenergieat, demzufolge zwischen 2015 und 2030 mit einer Verringerung der Erdgas-Eigenproduktion in Europa von 135 Milliarden auf 90 Milliarden Kubikmeter jährlich gerechnet wurde. Der Bedarf sollte dagegen zunehmen.

### Ausschuss Klimastiftung MV: E-Mails, Outlook-Kalender von Ex-CDU-Ministern gelöscht

Der Ausschuss war von der Opposition ins Leben gerufen worden. FDP-Fraktionschef René Domke urteilte: „Landes- und Bundesregierung haben eine Atmosphäre geschaffen, in der die Finanzinvestoren geopolitische Risiken durch das bereits vor (der) Investmententscheidung gezeigte aggressive Verhalten Russlands sowie Sanktionsdrohungen nicht als ernsthafte Gefahr ansehen mussten.“

### Nord Stream 2: Sorglosigkeit der Investoren überrascht

Auch der Ausschussvorsitzende Sebastian Ehlers von der CDU sieht bei den Unternehmen eine überraschende Sorglosigkeit: „Mich hat vor allem erstaunt, dass die Finanzierer der Pipeline offenbar von einem weitgehend risikolosen Geschäft ausgingen“ – trotz der Spekulationen, dass die russische Regierung in Nord Stream 2 ein geostrategisches Projekt gesehen habe.

Ähnlich sah es Hannes Damm von den Grünen: „Bei beiden Zeugen wurde deutlich, dass sie ihre finanzi-

elle Motive über alle anderen Implikationen wie beispielsweise geopolitische Auswirkungen gestellt haben“. Die Vertreter der Regierungsfractionen SPD und Linke sehen sich durch die Aussagen der Unterneh-

men hingegen bestätigt. Die Unterstützung für das Projekt durch Bundes- und Landesregierung sei auf Basis der damaligen Informationen gerechtfertigt gewesen.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 20.01.2023 | S. 7

📄 Auflage: 10.238 | Reichweite: 20.202

👤 Andreas Meyer

## WASSERSTOFF-DEAL

# Apex Energy geht an die Börse

## Firma aus Teterow und Laage plant für 200 Millionen Euro eine Produktionsanlage für Grünen Wasserstoff

Es dürfte einer der größten Finanzdeals in der Geschichte Mecklenburg-Vorpommerns sein: Die Apex-Gruppe (Teterow/Laage) - spezialisiert auf Projekte zur Wasserstoff-Erzeugung und -Nutzung - geht für rund 120 Millionen Euro an die Luxemburger Investment-Holding Exceet. Apex schafft damit auch den Sprung an die Börse - zumindest indirekt.

Denn das Unternehmen aus MV wird künftig die einzige Beteiligung des Fonds sein, der seit 2011 in Frankfurt gehandelt wird. Die Übernahmenachricht beflügelte am Donnerstag den Kurs der Exceet-Aktien, sie kletterten zwischenzeitlich um gut zehn Prozent auf rund 5,80 Euro.

Apex dürfte vielen Menschen in MV spätestens seit dem vergangenen Jahr bekannt sein: Damals waren die Teterower für eine Spielzeit Trikot-Sponsor des FC Hansa Rostock. Das Unternehmen gibt es bereits seit 2000, seit zehn Jahren hat sich Apex auf die Entwicklung von Wasserstoff-Elektrolyseanlagen spezialisiert. Apex entwickelt solche Anlagen, betreibt aber auch eigene.

Unter anderem bestätigte das Unternehmen am Donnerstag Pläne für den Bau einer neuen riesigen Wasserstoffproduktion in Laage. Für fast 200 Millionen Euro will Apex dort einen Elektrolyseur bauen, der 7500 Tonnen Wasserstoff pro Jahr erzeugen kann. Der „grüne“ Brennstoff soll in das Gasnetz eingespeist werden. Apex will allein mit diesem Vorhaben künftig fast 45 Millionen Euro Umsatz pro Jahr machen.

Insgesamt 50 Wasserstoffprojekte hat Apex derzeit in Planung. Unter anderem sollen die Teterower im Auftrag des Energiekonzerns EWE die Energieversorgung des ArcelorMittal-Stahlwerkes in Bremen auf sauberen Wasserstoff umstellen.

Die Luxemburger Investment-Holding Exceet hat sich darauf spezialisiert, aussichtsreiche Firmen zu übernehmen, ihnen beim Wachsen zu helfen und dann mit Gewinn weiterzuverkaufen. Unter anderem hatte der Fonds in Hersteller von Leiterplatten für die Medizintechnik oder auch in Elektrotechnik investiert. Nun will sich Exceet voll auf Apex konzentrieren: „Apex ist hervorragend positioniert und verfügt über herausragende Entwicklungsaussichten. Wir sehen großes Wachstumspotenzial für das Unternehmen und sind daher überzeugt, eine wertschaffende Investition für unsere Aktionäre getätigt zu haben“, so Exceet-Chef Roland Lienau.

Nach OZ-Informationen sichert sich Apex durch den Zusammenschluss mit Exceet rund 90 Millionen Euro an frischem Kapital. Ein Teil davon wird benötigt, um Schulden abzubezahlen: Apex hatte eine eigene Anleihe herausgegeben, deren Anteilseigner werden nun sofort ausgezahlt. Der Rest soll ins Wachstum gesteckt werden.

Peter Rößner, Vorstandschef von Apex, wird das Unternehmen weiterhin leiten. Er sieht vor allem in der Logistik und in der Industrie enorme Chancen für das Vorzeigeunternehmen aus MV: „Für energieintensive Industrien, wie Stahl und Chemie, ist Wasserstoff oft der einzige Weg, den Produktionsprozess zu dekarbonisieren. Denn Wasserstoff ist der einzige CO<sub>2</sub>-neutrale Energieträger, der fossiles Gas im Herstellungsprozess ersetzen kann.“ Apex entwickelt neben Herstellungsanlagen auch neue Speicher für Wasserstoff.

### Zitat-Text:

**„Apex ist hervorragend positioniert und verfügt über herausragende Entwicklungsaussichten.“ - Roland Lienau, Exceet-Chef**

## Zwischenlager auf Dauer?

### Künftige Lagerung der Atommüll-Fässer aus der Asse bleibt weiter unklar

*Die Verzögerung bei der Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Atommüll hat auch Konsequenzen für die Räumung des maroden Bergwerks Asse.*

Die erhebliche Verzögerung bei der Suche nach einer Lagerstätte für die hochradioaktiven Abfälle könnte sich auch auf den Zeitplan für die Räumung des Atommülllagers Asse auswirken. In der Asse-Region wächst die Befürchtung, dass sich die Rückholung der Atommüllfässer mit schwach- und mittelradioaktivem Atommüll aus dem maroden Bergwerk bei Wolfenbüttel ebenfalls nach hinten verschiebt – und dass das für die Asse-Abfälle zu errichtende Zwischenlager damit zum Dauerlager wird.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hatte vor Kurzem mitgeteilt, dass das gesetzlich vorgegebene Ziel, bis 2031 einen Standort für das Endlager für hochradioaktiven Atommüll zu benennen, nicht einzuhalten ist. Die Suche werde sich im günstigsten Fall bis 2046 und im ungünstigsten Fall bis 2068 hinziehen. Die Auswertung geologischer Daten und die Entwicklung der nötigen Untersuchungsmethoden verlangten mehr Zeit als zunächst veranschlagt. Weil die Errichtung des Endlagers Jahrzehnte dauert, kann die Befüllung möglicherweise erst in den 2080er Jahren beginnen. Weitere Verzögerungen durch Proteste von Anwohnern und Gerichtsverfahren sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig hält die BGE an dem Termin für die Bergung der Atommüllfässer aus der Asse fest. »Nach derzeitigem Planungsstand soll die Rückholung im Jahr 2033 beginnen«, bestätigt BGE-Sprecherin Monika Hotopp auf Anfrage. Einmal an die Oberfläche geholt, sollen die zum Teil beschädigten und verrosteten Fässer zunächst neu verpackt und in einem Zwischenlager geparkt werden, das zurzeit in Planung ist. Völlig unklar ist allerdings, ob der Asse-Müll später mit in das zu suchende Endlager für hochradioaktive Abfälle gepackt werden kann oder ob dafür eine weitere Lagerstätte gefunden werden muss.

Im Standortauswahlgesetz heißt es dazu, dass eine Endlagerung von schwach- und mittelradioak-

tivem Atommüll im Endlager für hochradioaktiven Müll zulässig ist, »wenn die gleiche bestmögliche Sicherheit des Standortes wie bei der alleinigen Endlagerung hochradioaktiver Abfälle gewährleistet ist«. BGE-Sprecherin Hotopp sagt dazu: »Wir denken die schwach- und mittelradioaktiven Asse-Abfälle bei der Suche jederzeit mit. Das heißt, wir schauen immer, ob eine Lagerung dieser Abfälle an dem jeweiligen Ort geologisch ebenfalls möglich wäre.« Die Abfälle aus der Asse würden aber nicht im selben Hohlraum eingelagert, sondern in einem separaten Bereich.

»Je später ein Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll gefunden wird, desto später wird sich klären, ob dieses Endlager auch für den Atommüll aus Asse II geeignet ist«, fasst Eleonore Bischoff von der Wolfenbütteler Atom-Ausstiegsgruppe (WAAG) den Stand der Dinge aus ihrer Sicht zusammen. Und selbst wenn, sei davon auszugehen, dass in einem künftigen Gemeinschafts-Endlager zuerst der hochradioaktive Atommüll eingelagert wird, bevor die Einlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Müll erfolgt. Sollte sich indes herausstellen, dass das Endlager für den hochradioaktiven Müll für die Asse-Abfälle nicht geeignet ist, müsse die Endlagersuche für diesen Müll neu gestartet werden. Die Betriebsdauer eines Zwischenlagers auf der Asse lasse sich dann gar nicht mehr eingrenzen, es werde »zu einem Dauerendlager und für eine radioaktive Belastung nicht nur der gegenwärtigen, sondern auch für mehrere zukünftige Generationen«, so Bischoff.

Aus Sicht des SPD-Bundestagsabgeordneten Jakob Blankenburg ist unklar, wo der Atommüll aus der Asse gelagert werden soll, bis ein Endlager in Betrieb ist. Aufgrund dieser »Lagerungs-Lücke« sei zu befürchten, dass die Atomfässer viel länger in der Schachanlage bleiben könnten. Aber die Zeit drängt: Das Bergwerk ist instabil und droht voll Wasser zu laufen. Die Nachbarschächte Asse I und Asse III waren schon früher vollgelaufen und aufgegeben worden. Trotzdem wur-

den in die Schachanlage Asse II zwischen 1967 und 1978 rund 126 000 Behälter mit radioaktiven und chemischen Abfällen gebracht, teils mit Radladern auch einfach abgekippt. Blankenburg fordert vom Bundesumweltministerium nun einen zuverlässigen Zeitplan dafür, wie es mit dem Verfahren zur Endlagersuche und dem Atommüll weitergehen soll.

Auch Heike Wiegel vom atomkraftkritischen Verein »AufpASSEn« verlangt, dass die Suche nach einem eigenen Endlager für den Atommüll aus der Asse unverzüglich beginnen müsse. »Die Politik darf nicht nur darauf hoffen, dass dort, wo einmal die Brennelemente endgelagert werden sollen, auch noch Platz für den Atommüll aus Asse II ist«, bekräftigt auch Wiegels Mitstreiter Andreas Riekeberg vom Asse-II-Koordinationskreis. »Die fahrlässige Verzögerung der

Endlagersuche für den Atommüll aus Asse II muss ein Ende haben«, fordert er.

In das ehemalige Eisenerzbergwerk Schacht Konrad in Salzgitter, das zurzeit zum nationalen Endlager für schwach und mittelradioaktive Abfälle ausgebaut wird, können die Asse-Fässer nicht gebracht werden. Schacht Konrad ist nur für 303 000 Kubikmeter Atommüll genehmigt und bereits für Material aus dem Abriss von AKW sowie für Abfälle aus Forschung und Medizin verplant. Für den strahlenden Schrott aus der Asse, der neu verpackt mindestens ein Volumen von 100 000 Kubikmetern umfasst, wäre dort damit kein Platz.

Die Zeit drängt: Das Bergwerk ist instabil und droht voll Wasser zu laufen. Die Nachbarschächte Asse I und Asse III waren deshalb schon früher aufgegeben worden.